



Tagesordnung

TOP 7 Bebauungsplan Nr. 64 "Pötrauer Tor", Vorstellung des städtebaulichen Entwurfes

TOP 8+9 25. Änderung des Flächennutzungsplanes + Bebauungsplan Nr. 49, Billigung des Vorentwurfes

TOP 10 Bebauungsplan Nr. 65, Billigung des Vorentwurfes

TOP 11+12 33. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 67, Aufstellungsbeschluss







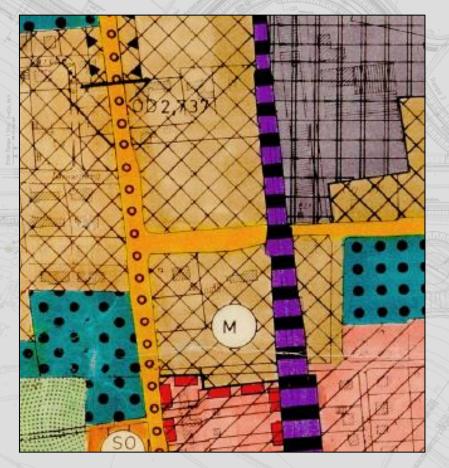


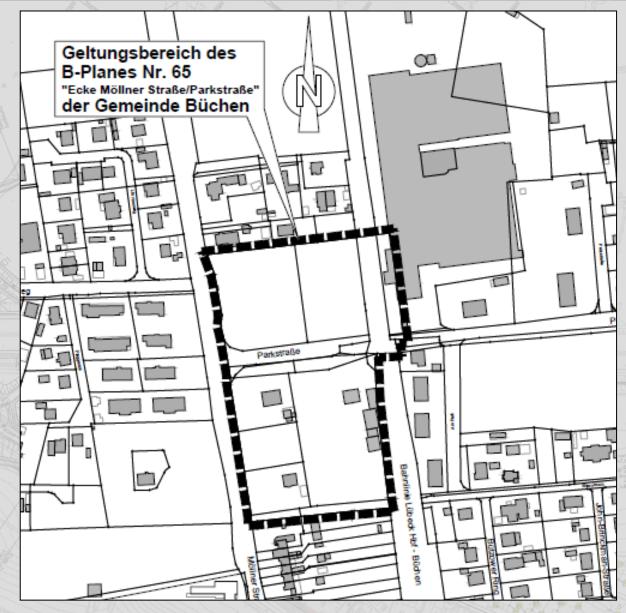




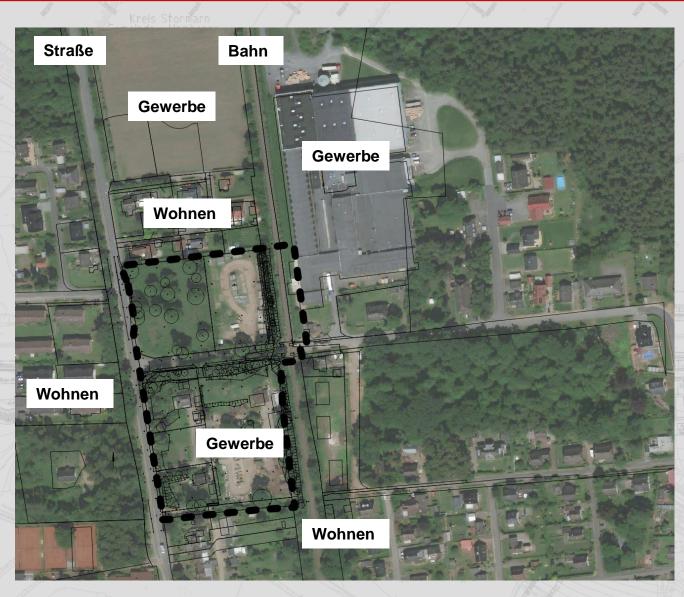
Kreis Stormarn Gemeinde Hamberge Gemarkung Hamberge Fhir 5.8%

Berichtigung des Flächennutzungsplanes im Verfahren gem. § 13a BauGB



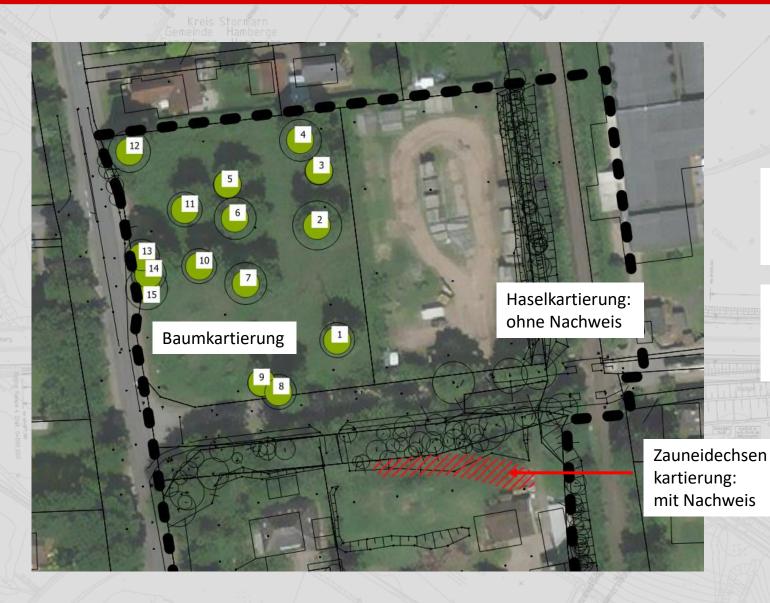












Baum- und Tierbestand

Bäume:

- einige Bäume mit Schädigungen
- überwiegend guter Erhaltungszustand

Vögel / Fledermäuse:

- Potenzialabschätzung
- in Bäumen und Gehölzen zu erwarten



Konflikte

Schutzgut Mensch:

- → Lärm und Verkehr als Vorbelastung, Minimierungsmaßnahmen erforderlich,
- → Regelung der Parkplatzsituation (Tiefgarage geplant, Stellplatzschlüssel erforderlich),
- → Veränderung der vorh. Wohnraumsituation,
- → Pos. Verdichtung im Innenbereich, langfristige Nutzung von Frei-/Gewerbeflächen,
- → Wohnraumentwicklung.

Schutzgüter Tiere und Pflanzen /Artenschutz:

- → z.T. hohe, z.T. geringe Bedeutung / Konfliktpotenzial,
- → kein Ausgleich für Eingriffe in Biotope allgemeiner Bedeutung (§ 13a BauGB)
- → jedoch Eingriffs-/Ausgleichsbewertung für Artenschutz und Bäume (noch offen)
- → Minimierungsmaßnahmen für Artenschutz (Bauzeitenregelung, Kontrollmaßnahmen).



Konflikte

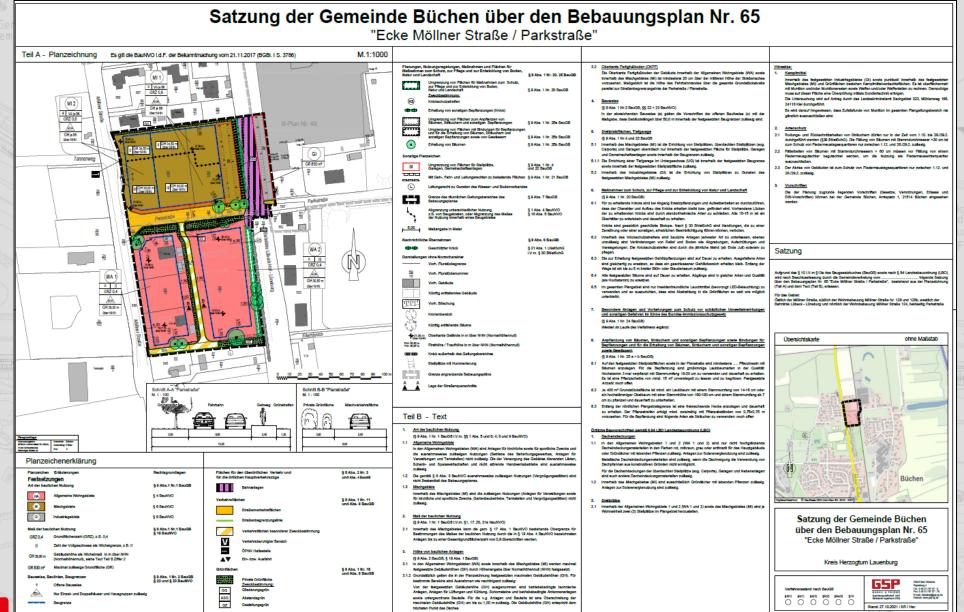
Schutzgüter Boden, Wasser, Klima:

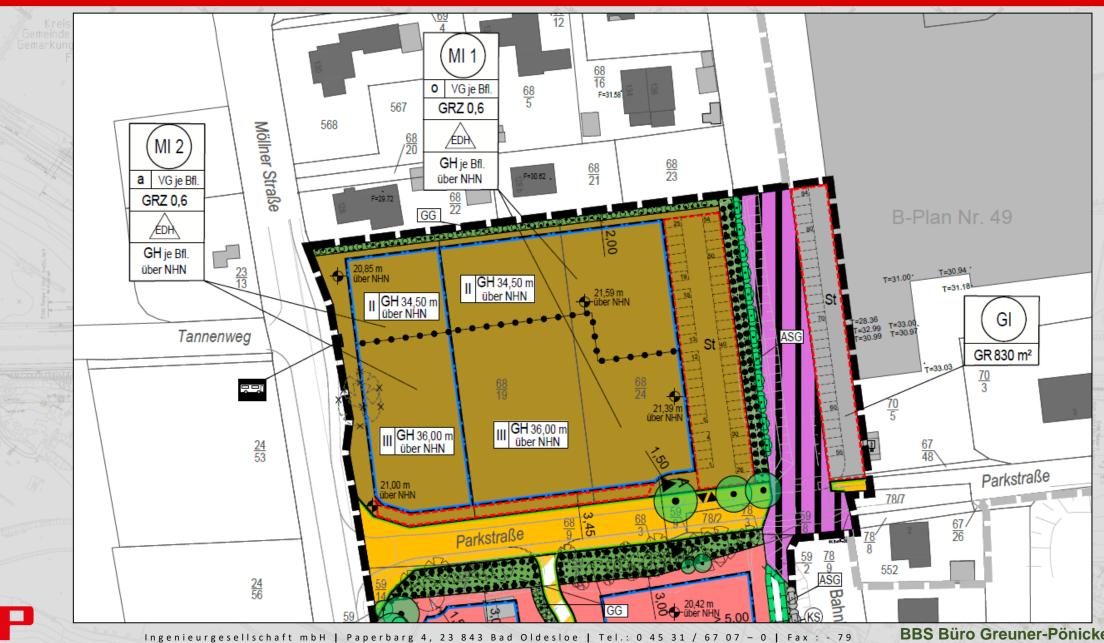
- → deutliche Zunahme der Versiegelung /Flächenverbrauch (z.T. vorbelastete Flächen),
- → jedoch Verdichtung im Innenbereich,
- → Zu regeln: Entwässerung (Versickerung, Rückhaltung)
- → und Minimierung (Erhaltung, Begrünung, Durchgrünung)

Schutzgut Landschaftsbild:

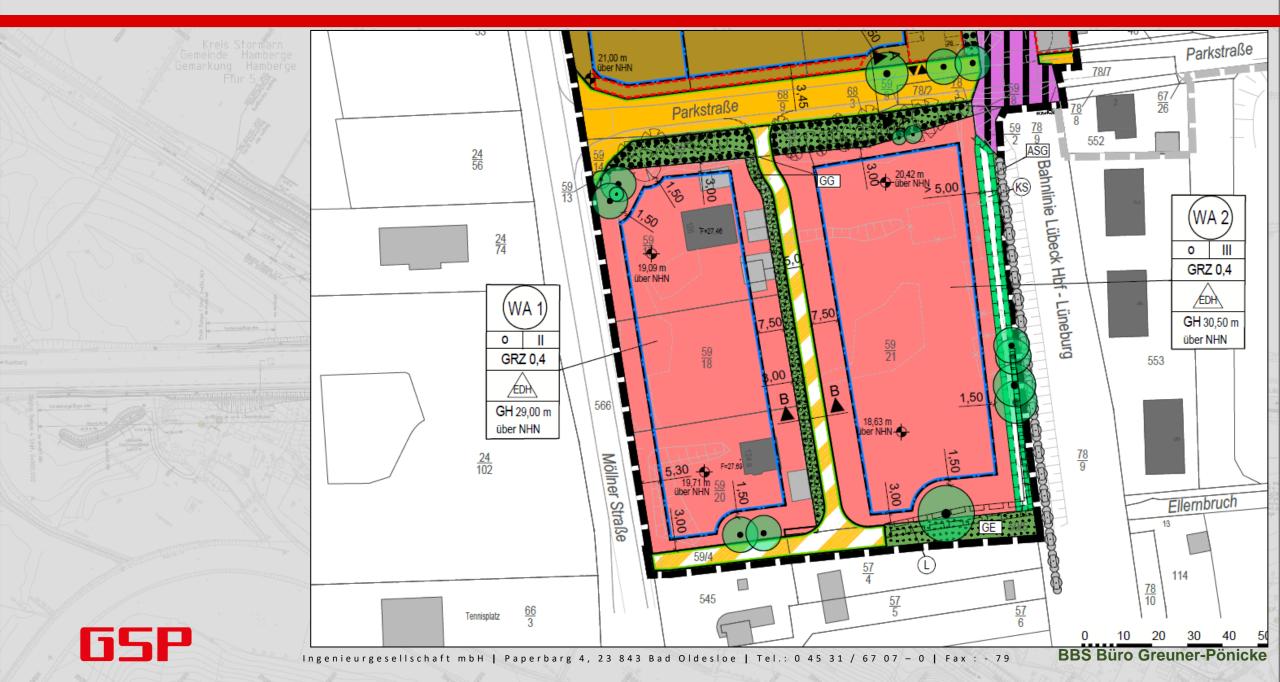
- → Vorbelastungen durch best. Bebauung,
- → Verlust von prägendem Baumbestand (v.a. am Ortseingang),
- → Minimierungsmaßnahmen erforderlich: Grünerhalt wo möglich, Durchgrünung und Eingrünung











1. Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 Abs. 5 und 6; 4; 6 und 9 BauNVO)

1.1 Allgemeine Wohngebiete

In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) sind Anlagen für kirchliche sowie für sportliche Zwecke und die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Betriebe des Beherbungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen und Tankstellen) nicht zulässig. Die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften und nicht störende Handwerksbetriebe sind ausnahmsweise zulässig.

1.2 Die gemäß § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Vergnügungsstätten) sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

1.3 Mischgebiete

Innerhalb des Mischgebietes (MI) sind die zulässigen Nutzungen (Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche und sportliche Zwecke, Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten) nicht zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §1, 17, 20, 21a NauNVO)

2.1 Innerhalb des Mischgebietes kann die gem. § 17 Abs. 1 BauNVO bestehende Obergrenze für Bestimmungen des Maßes der baulichen Nutzung durch die in § 19 Abs. 4 BauNVO bezeichneten Anlagen bis zu einer Gesamtgrundflächenzahl von 0,9 überschritten werden.





3. Höhe von baulichen Anlagen

(§ 9 Abs. 2 BauGB, § 18 Abs. 1 BauGB)

- 3.1 In den Allgemeinen Wohngebieten (WA) sowie innerhalb des Mischgebietes (MI) werden maximal festgesetzte Gebäudehöhen (GH) durch Höhenangabe über Normalhöhennull (NHN) festgesetzt.
- 3.1.2 Grundsätzlich gelten die in der Planzeichnung festgesetzten maximalen Gebäudehöhen (GH). Für bestimmte Bereiche sind Ausnahmen wie nachfolgend zulässig:

Von der festgesetzten Gebäudehöhe (GH) ausgenommen sind betriebsbedingte technische Anlagen, Anlagen für Lüftungen und Kühlung, Schornsteine und betriebsbedingte Antennenanlagen sowie untergeordnete Bauteile. Für die v.g. Anlagen und Bauteile ist eine Überschreitung der maximalen Gebäudehöhe (GH) um bis zu 1,00 m zulässig. Die Gebäudehöhe (GH) entspricht dem höchsten Punkt des Daches.

3.2 Oberkante Fertigfußboden (OKFF)

Die Oberkante Fertigfußboden der Gebäude innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete (WA) sowie innerhalb des Mischgebietes (MI) ist mindestens 20 cm über der mittleren Höhe der Straßenachse vorzusehen. Maßgeblich ist die Höhe des Fahrbahnrandes über die gesamte Grundstücksbreite parallel zur Straßenbegrenzungslinie der Parkstraße / Planstraße.





4. Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Nr.2 BauGB, §§ 22 + 23 BauNVO)

In der abweichenden Bauweise (a) gelten die Vorschriften der offenen Baufweise (o) mit der Maßgabe, dass Gebäudelängen über 50,0 m innerhalb der festgesetzten Baugrenzen zulässig sind.

5. Stellplatzflächen, Tiefgarage

(§ 9 Abs. 1 Nr.4 und 22 BauGB

- 5.1 Innerhalb des Mischgebietes (MI) ist die Errichtung von Stellplätzen, überdachten Stellplätzen (sog. Carports) und Garagen oberirdisch nur innerhalb der festgesetzten Fläche für Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen sowie innerhalb der Baugrenzen zulässig.
- 5.1.1 Die Errichtung einer Tiefgarage im Untergeschoss (UG) ist innerhalb der festgesetzten Baugrenze sowie innerhalb der festgesetzten Stellplatzfläche zulässig.
- 5.2 Innerhalb des Industriegebietes (GI) ist die Errichtung von Stellplätzen zu Gunsten des festgesetzten Mischgebietes (MI) zulässig.





- 6. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
- 6.1 Für zu erhaltende Knicks sind bei Abgang Ersatzpflanzungen und Aufsetzarbeiten so durchzuführen, dass der Charakter und Aufbau des Knicks erhalten bleibt bzw. gefördert wird. Vorhandene Lücken der zu erhaltenden Knicks sind durch standortheimische Arten zu schließen. Alle 10-15 m ist ein Überhälter zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten
 - Knicks sind gesetzlich geschützte Biotope. Nach § 30 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen, erheblichen Beeinträchtigung führen können, verboten.
- 6.2 Innerhalb des Knickschutzstreifens sind bauliche Anlagen jedweder Art zu unterlassen, ebenso unzulässig sind Veränderungen von Relief und Boden wie Abgrabungen, Aufschüttungen und Versiegelungen. Die Knickschutzstreifen sind durch die jährliche Mahd (ab Ende Juli) extensiv zu pflegen.
- 6.3 Die zur Erhaltung festgesetzten Gehölzpflanzungen sind auf Dauer zu erhalten. Ausgefallene Arten sind gleichartig zu ersetzen, so dass ein geschlossener Gehölzbereich erhalten bleib. Entlang der Wege ist ein bis zu 5 m breiter Blüh- oder Staudensaum zulässig.
- 6.4 Alle festgesetzten Bäume sind auf Dauer zu erhalten. Abgänge sind in gleicher Arten und Qualität (als Hochstamm) zu ersetzen.
- 6.5 Im gesamten Plangebiet sind nur insektenfreundliche Leuchtmittel (bevorzugt LED-Beleuchtung) zu verwenden und so auszurichten, dass eine Abstrahlung in die Grünflächen so weit wie möglich unterbleibt.
- 7. <u>Besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen</u> und sonstigen Gefahren im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetz

(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Werden im Laufe des Verfahrens ergänzt.





- 8. Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Gewässern
 - (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a + b BauGB)
- 8.1 Auf den festgesetzten Stellplatzflächen sowie in der Planstraße sind mindestens Pflanzinseln mit Bäumen anzulegen. Für die Bepflanzung sind großkronige Laubbaumarten in der Qualität: Hochstamm 3 mal verpflanzt mit Stammumfang 18-20 cm zu verwenden und dauerhaft zu erhalten. Es ist eine Pflanzscheibe von mind. 15 m² unversiegelt zu lassen und zu begrünen. Festgesetzte Anzahl: noch offen.
- 8.2 Je 400 m² Grundstücksfläche ist mind. ein Laubbaum mit einem Stammumfang von 14-16 cm oder ein hochstämmiger Obstbaum mit einer Stammhöhe von 160-180 cm und einem Stammumfang ab 7 cm zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten.
- 8.3 Entlang der nördlichen Plangebietsgrenze ist eine freiwachsende Hecke anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Der Pflanzstreifen erfolgt mind. zweireihig mit Pflanzabständen von 0,75x0,75 m vorzusehen. Für die Bepflanzung sind folgende Arten als Sträucher zu verwenden: *noch offen*





Örtliche Bauvorschriften gemäß § 84 LBO Landesbauordnung (LBO)

1. Dacheindeckungen

1.1 In den Allgemeinen Wohngebieten 1 und 2 (WA 1 und 2) sind nur nicht hochglänzende Dacheindeckungsmaterialien in den Farben rot, rotbraun, grau oder anthrazit für das Hauptgebäude oder Gründächer mit lebenden Pflanzen zulässig. Anlagen zur Solarenergienutzung sind zulässig.

Metallische Dacheindeckungsmaterialien sind zulässig, wenn die Dachneigung die Verwendung von Dachpfannen aus konstruktiven Gründen nicht ermöglicht.

Für die Dacheindeckungen der überdachten Stellplätze (sog. Carports), Garagen und Nebenanlagen sind auch andere Dacheindeckungsmaterialien zulässig.

1.2 Innerhalb des Mischgebietes (MI) sind ausschließlich Gründächer mit lebenden Pflanzen zulässig. Anlagen zur Solarenergienutzung sind zulässig.

2. Stellplätze

2.1 Innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete 1 und 2 (WA 1 und 2) sowie des Mischgebietes (MI) sind je Wohneinheit zwei (2) Stellplätze im Plangebiet herzustellen.





Hinweise:

1. <u>Kampfmittel</u>

Innerhalb des festgesetzten Industriegebietes (GI) sowie punktuell innerhalb des festgesetzten Mischgebietes (MI) und Grünflächen bestehen Kampfmittelverdachtsflächen. Es ist oberflächennah mit Munition und/oder Munitionsresten sowie Waffen und/oder Waffenteilen zu rechnen. Demzufolge muss auf dieser Fläche eine Überprüfung mittels Sondiertechnik erfolgen.

Die Untersuchung wird auf Antrag durch das Landeskriminalamt Sachgebiet 323, Mühlenweg 166, 24116 Kiel durchgeführt.

Es wird darauf hingewiesen, dass Zufallsfunde von Munition im gesamten Plangeltungsbereich nie gänzlich auszuschließen sind.

2. Artenschutz

- 2.1 Rodungs- und Rückschnittarbeiten von Sträuchern dürfen nur in der Zeit vom 1.10. bis 28./29.2. durchgeführt werden (§39 BNatSchG). Die Fällung von Bäumen mit Stammdurchmesser >30 cm ist zum Schutz von Fledermaustagesquartieren nur zwischen 1.12. und 28./29.2. zulässig.
- 2.2 Fällarbeiten von Bäumen mit Stammdurchmessern > 60 cm müssen vor Fällung von einem Fledermausgutachter begutachtet werden, um die Nutzung als Fledermauswinterquartier auszuschließen.
- 2.3 Der Abriss von Gebäuden ist zum Schutz von Fledermaustagesquartieren nur zwischen 1.12. und 28./29.2. zulässig.

3. Vorschriften

Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Vorschriften) können bei der Gemeinde Büchen, Amtsplatz 1, 21514 Büchen eingesehen werden.





